

Zimmermann, Klaus F.

Article

Vom Ende der Ordnungspolitik: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2009) : Vom Ende der Ordnungspolitik: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 23, pp. 388-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151796>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

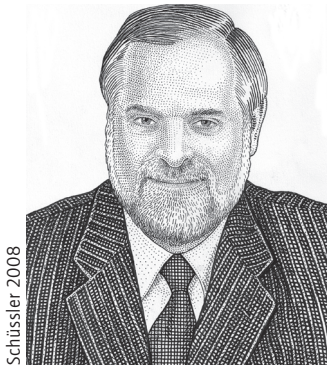
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Vom Ende der Ordnungspolitik

von Klaus F. Zimmermann*

Unvermeidlicher Pragmatismus hat angesichts der nahenden Bundestagswahlen mit der angeblichen Rettung von Opel das Signal zum Einstieg in eine gefährliche Runde ordnungspolitischer Fehlentscheidungen gegeben. Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gebührt das Verdienst, ökonomische Rationalität im Interesse der Bürger bis zuletzt über politische Zweckrationalität gestellt zu haben. Sein Engagement verdient zu Recht Respekt. Denn das Rettungspaket ist in Wirklichkeit eine schmerzliche Niederlage der sozialen Marktwirtschaft, die den Entscheidungsträgern noch heftig auf die Füße fallen dürfte.

Während die Opel-Mutter General Motors vom amerikanischen Staat in die Insolvenz getrieben wird, um danach von ihm mit dem Einsatz von 50 Milliarden US-Dollar zu 60 Prozent übernommen zu werden, wurde die deutsche Tochter zunächst in eine Auffanggesellschaft geleitet, die bis weit nach den Bundestagswahlen Gestaltungsfrist gibt. Damit wurde der von Guttenberg und vielen Ökonomen als vorteilhafter angesehene Gang in die Insolvenz verhindert. Ziel ist es, unter maßgeblicher Beteiligung der austro-kanadischen Firma Magna International, einem respektablen globalen Automobilzulieferer, ein tragfähiges Unternehmenskonzept auszuarbeiten. In dieser Zeit gehört Opel vielen Herren, General Motors (35 Prozent), Magna (20 Prozent), der russischen Sberbank (35 Prozent) mit dem russischen Staat als Großaktionär und den Opel-Beschäftigten (10 Prozent). Der deutsche Staat ist mit einem Kredit über 1,5 Milliarden Euro dabei, der innerhalb von fünf Jahren in eine 4,5 Milliarden Euro Bürgschaft umgewandelt werden soll. Die Übernahme von Opel durch den deutschen Staat ist dabei die wahrscheinlichste Lösung.

Gerettet wurden vorerst 26 000 Arbeitsplätze in Deutschland, aber was heißt das schon. Denn Magna möchte bereits jetzt bis zu 2 600 abbauen, dazu 8 500 an anderen europäischen Standorten. Klarheit auf mittlere Sicht gibt es nicht. Da eine geordnete Insolvenz die Firma und ihre Beschäftigten am besten sichert, hätte ein freier Wettbewerb unter geeigneten Bieterern wahrscheinlich mehr für die dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen getan, als das, was wir jetzt erleben werden. Denn die Herausforderung bleibt, dass derzeit weltweit die PKW-Produktionskapazität doppelt so groß ist wie die Nachfrage.

Entscheidend ist aber, dass die Regierung nur Hilfen an Unternehmen geben wollte, die im Juli 2008 noch keine Schwierigkeiten hatten. Das gilt nun weder für Opel, noch für Arcandor, dem nächsten Rettungskandidaten. Bei dem Kaufhauskonzern sind über 50 000 Jobs in Gefahr. Die Schleusen für weitere Rettungswünsche sind somit breit geöffnet, die Politik wird den Druck der Öffentlichkeit spüren. In der Folge wird die Volkswirtschaft leiden, denn staatliche Eingriffe können auf Dauer marktwirtschaftliche Lösungen nur verschlechtern.

* Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.